

„Expertenkommission“ in Hessen – nachgefragt

Zwei kritische Frauen verlassen die sogenannte Expertenkommission zur Zukunft der hessischen Polizei. Die Kommission schrumpft, bevor ein erstes Arbeitsergebnis bekannt wird.

➤ Rückblick

Die noch bei der Amtseinführung des aktuellen LPP angekündigte Möglichkeit der Zusammenarbeit der Gewerkschaften in der Expertenkommission wurde kurzerhand abgesagt und trotz der Intervention der **DPoIG Hessen** gab es kein Angebot zur Zusammenarbeit (geschweige denn auf Augenhöhe).

Die Begründung: **„Die Kommission wird zu groß!“**

Wir, die **DPoIG Hessen**, haben uns als einzige Gewerkschaft in der Runde bedingungslos gegen einen Generalverdacht gegen unsere Berufsgruppe ausgesprochen. Den haltlosen vorverurteilenden Vorhaltungen eines rechten Netzwerkes bei der hessischen Polizei haben wir von Beginn der Diskussion klare Absagen erteilt. Nur zur Klarstellung:

„Damit machen wir es uns nicht leicht!“

Gemeinsames Tathandeln und einen Organisationsgrad ma-

chen im juristischen Sinne ein Netzwerk im Bereich der organisierten Kriminalität aus. Das ist unser Maßstab! Wir sind und bleiben an Tatsachen orientiert.

➤ Die Enttäuschung

Das gemeinsame Verständnis der Kooperation differiert doch deutlich, wenn zwei Gesprächstermine mit der Möglichkeit des Austausches als Zusammenarbeit angesehen werden. Die Kommission hat sich selbst mehr als ein Duzend mal seit ihrem Bestehen getroffen und auf diesem Weg einige skurrile Fragestellungen aufgeworfen, die aus unserer Sicht mit der Zielsetzung, das Vertrauen in die Polizei wieder herzustellen, wenig zu tun hat. Abgesehen davon stellen wir auch das schwindende Vertrauen der Bevölkerung in unsere Kolleginnen und Kollegen der Polizei in Abrede.

Ungeachtet dieser Rahmenbedingungen haben wir die sich uns gebotene Chance gerne ergriffen, um unsere Bitte um eine echte Mitarbeit zu unterstreichen, aber auch, um im (mutmaßlichen) Sinne der Kommission mit der Handreichung der **DPoIG Hessen** einen Vertrauensanker in dieser schwierigen Zeit zu bilden und unseren Beitrag in der Sache zu leisten.

Im Gespräch mussten teilweise Fragestellungen eines Kommissionsmitgliedes zurückgewiesen werden, da sie dem Thema nicht dienlich und die Antworten darauf als vertraulich anzusehen waren.

Hier sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen, insbesondere aber auch unseren Mitgliedern verpflichtet.

Des Weiteren wurden wir um schriftliche Stellungnahmen zu dem Kalender der **DPoIG Bayern** aus dem Jahr 2012 gebeten und welche Maßnahmen wir gezielt gegen rechts innerhalb unserer Gewerkschaft ergreifen.

Der rote Faden der Kommissionsarbeit konnte damit bis zum heutigen Tag nicht erkannt werden, obwohl hier ein transparentes Vorgehen eine bedeutsame vertrauensbildende Maßnahme hätte darstellen können.

➤ Die Kommission schrumpft – das Vertrauen ebenfalls

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit hängt mit Informationen zusammen, die man im Kontext der Arbeit erhält. Die Information, dass zwei Mitglieder die Kommission (wohl nicht im Guten) verlassen haben, durften wir aus der Zeitung erhalten. Ein guter Grund, um mal nach dem Rechten zu fragen.

Unsere Nachfragen wurden weitestgehend aus (Zitat) *„grundsätzlichen Erwägungen“* zurückgewiesen. Informationen zu Zwischenergebnissen, Darstellung zu Arbeitsweisen und Struktur: Fehlanzeige! Keine Antworten, stattdessen Hinweise auf vereinbarte Vertraulichkeit.

Dafür Verständnis aufzubringen, fällt zugegebenermaßen schwer.

In der Arbeit im örtlichen Personalrat, aber auch im Hauptpersonalrat sind wir es als Vertreter der **DPoIG Hessen** gewohnt, mit vertraulichen Informationen umzugehen. Vertrauen ist keine Einbahnstraße!



Engelbert Mesarec

Information ist keine Einbahnstraße!

Der aktuelle HPR-Vorsitzende – *Gleicher unter Gleichen im HPR* – wurde in die Kommission berufen, beteiligt sich an diesen Prozessen, ohne dazu im Gremium des Hauptpersonalrates zu berichten. Was bleibt übrig? Ein fader Beigeschmack von Ausgrenzung, Entscheidungen im Hinterzimmer unter dem Deckmantel der Vertraulichkeit. Vertrauensförderndes Verhalten sieht anders aus.

➤ Unser Leitbild – alt, aber gut!

Wir haben bereits ein gutes Leitbild, auch wenn es schon lange Bestand hat, so steht nichts Falsches drin. Dieses Leitbild wurde durch alle Kolleginnen und Kollegen gemeinsam erarbeitet.

Hier war der Weg das Ziel. Transparenz, Beteiligung, Wertschätzung und vieles mehr.

Sollten diese Parameter für das künftige Verfahren nicht mehr gelten, so ist es vielleicht besser, wenn es für immer unter Verschluss bleibt.

So sieht keine Wertschätzung aus!

Wertschätzung! Nur mit uns. DPoIG Hessen.

Euer Engelbert Mesarec

Impressum:

Redaktion:
Alexander Glunz (V. i. S. d. P.)
DPoIG-Landesgeschäftsstelle:
Otto-Hesse-Straße 19/T3
64293 Darmstadt
Tel. 06151.2794500
Fax 06151.2794502
E-Mail: glunz@dpolg-hessen.de
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPoIG Hessen wider.



Sachstand zur Besoldungsklage

Wir jammern nicht, wir klagen! Das war das Thema der Besoldungsklage aus dem Jahr 2017.

Was war passiert? Nach der Landtagswahl haben CDU und Grüne per Koalitionsvertrag beschlossen: Die Beamten bekommen eine Nullrunde und im nächsten Jahr dürfen die Bezüge maximal um ein Prozent steigen. Eine Berücksichtigung der Steigerung der Lebenshaltungskosten, der wirtschaftlichen Entwicklung im Land (welche durchaus gut war) oder sonstige Faktoren fand nicht statt. Es kam aber noch besser.

■ Beamte ausgebootet

Die Landesregierung erkannte, dass die Steigerung der Lebenshaltungskosten und weitere Umstände es nötig machten ihren Angestellten eine Gehaltserhöhung zukommen zu lassen, den Beamten gestand man dieses nicht zu.

■ Das Fass läuft über

Das war der Umstand, der das Fass zum Überlaufen brachte. Dieses Fass war langsam, aber stetig vollgelaufen. Unter anderem gab es Einkommensrunden, welche nur zeitversetzt auf die Beamten übertragen wurden, dann wurden Prozente der im Tarifbereich ausgehan-

delten Ergebnisse nicht auf die Beamtenschaft übernommen, die Beihilfeansprüche wurde gekürzt, die Wochenarbeitszeit ohne Lohnanpassung erhöht. Das waren nur einige der Maßnahmen, die das Fass füllten, welches nun überschwappte. Der Landesvorsitzende des dbb, Heini Schmitt, sagte damals: „Die Beamten haben das Recht, dass die Landesregierung sich wenigstens die Mühe macht, die aktuelle Situation zu analysieren und dann über die Lohn- und Gehaltsentwicklung der Beamten zu entscheiden.“

■ Unter der Grundsicherung

Alle oben genannten Fakten führten dazu, dass die Einkommensverhältnisse eines Beamten in einer niedrigen Besoldungsgruppe unterhalb des Niveaus der staatlichen Grundsicherung fielen. Da konnte nun wirklich nicht mehr von Fürsorge oder angemessener Alimentierung gesprochen werden. Durch Prof. Dr. Dr. Battis, ein Staats- und Verfassungsrechtler, wurde der Sachverhalt im Auftrag des dbb Hessen untersucht. In seinem Gutachten kam er zu dem Schluss, dass die verfassungsmäßige Verpflichtung der Lan-

desregierung, die Beamten angemessen zu alimentieren, nicht erfüllt wurde. Klar ausgedrückt: Die Landesregierung hat gegen ihre verfassungsmäßigen Pflichten verstoßen! Diese Erkenntnis hat die DPoIG und den dbb dazu bewogen, entsprechende Klagen einzureichen.

■ Verfassungsgericht urteilt in unserem Sinne

Seit der Einreichung der Klagen ist viel Zeit vergangen. Aber wir wissen ja, die Mühlen der Justiz mahlen langsam. Zwischenzeitlich kam Schützenhilfe vom Bundesverfassungsgericht, welches in einem ähnlichen Fall aus einem anderen Bundesland klare Entscheidungen getroffen hat.

So muss die Familie eines Beamten in den unteren Besoldungsgruppen mit vier Personen mindestens 15 Prozent mehr Einkommen nach Abzug von vergleichbaren Kosten wie Miete, Lebensunterhalt und so weiter haben wie eine vierköpfige Familie, in der niemand arbeitet. Diesen Grundsatz sieht die DPoIG schon lange verletzt, was auch das Gutachten von Prof. Dr. Dr. Battis belegt.

■ Abstandsgebot

Der Rückschluss ergibt, dass wenn die Besoldung in den unteren Besoldungsgruppen verfassungswidrig ist, die Besoldung aller anderen Gruppen ebenfalls nicht rechtmäßig ist.

Denn es ist auch ein Verfassungsprinzip, dass das Abstandsgebot eingehalten werden muss.

Dieses bedeutet, dass es zwischen Besoldungsämtern zum Beispiel der A 9 und der A 10

einen erkennbaren und nachvollziehbaren Abstand gibt. Dieses hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil aus 2017 bekräftigt.

■ Das Land spielt auf Zeit

Nun muss der Hessische Verwaltungsgerichtshof über die Klage entscheiden. Dieser hörte die Beteiligten wiederholt an. Keine gute Figur machte dabei das Land, welches wiederholt Fristen versäumte, Stellungnahmen und geforderte Belege schuldig blieb und immer wieder Fristverlängerungen beantragte. Bedauerlich ist, dass die Richter dieses mit sich machen lassen. Denn hier scheint doch eindeutig erkennbar zu sein, dass auf Zeit, am besten bis nach der nächsten Wahl, gespielt wird.

■ Erfolg steht kurz bevor

Nun steht ein Urteil in der Sache aber kurz bevor. Es sieht für die Klage der DPoIG beziehungsweise des dbb gut aus, im Sinne der Beamten und gegen die schwarz-grüne Landesregierung entschieden zu werden.

Was dann aus den Widersprüchen wird, zu denen die DPoIG alljährlich aufgerufen hat, ist der nächste interessante Schritt auf dem Weg zu einer angemessenen Besoldung der Beamten in Hessen.

Mehr zum Sachstand der Klage ist auf der Homepage der DPoIG (www.DPoIG-Hessen.de) oder beim dbb (www.dbb-Hessen.de) zu finden.

Alexander Glunz





Analog und digital Landeshauptvorstands- sitzung

Wegen Corona im letzten Jahr verschoben, fand nun die Landeshauptvorstandssitzung als Hybridveranstaltung an der Hessischen Polizeiakademie und im Netz statt.

Aus ganz Hessen waren die Delegierten der Kreisverbände angereist beziehungsweise zugeschaltet, als der Landesvorsitzende Engelbert Mesarec die Teilnehmer der Landeshauptvorstandssitzung im großen Konferenzraum der Hessischen Polizeiakademie (HPA) begrüßte.

Der Landeshauptvorstand (LaHaVo) ist nach dem Delegiertentag das zweithöchste Gremium der DPoIG in Hessen. Eine Sitzung findet wiederkehrend statt. Die letzte Sitzung war schon für das Jahr 2020 geplant, konnte aber coronabedingt nicht durchgeführt werden.

Anfang März war diese aber nun mit Abstand, Maskenpflicht, Raumluftreinigungsgerät und einer großen Anzahl von digitalen Teilnehmern möglich.

Neben dem Bericht des Vorsitzenden und der Ressorts des Landesvorstandes, wie Rechtsschutz, Tarif und Redaktion, standen ein möglicher Umzug der Geschäftsstelle nach Wiesbaden und die Personalratswahl im Mai 2021 auf der Tagesordnung. Nicht nur über diese Themen, sondern auch über aktuelle Probleme innerhalb der Polizei, wie die Impf-

strategie, die Stellenpläne oder Einsatzmittel und technische Ausrüstung, tauschten sich die DPoIG-Funktionäre aus.

Einigkeit erzielte man schnell darüber, dass eine starke Vertretung der DPoIG in den Personalräten in Hessen notwendig ist, um den Stillstand und die Probleme bei der Polizei zu beheben.

Deshalb gilt: DPoIG, Wertschätzung nur mit uns! – was auch der Slogan der Personalratswahl sein soll.

Bei dieser kann die DPoIG nicht nur mit ihrem guten Programm punkten, sondern auch mit den Erfolgen für die Kolleg(inn)en, wie sie zum Beispiel der Rechtsschutzbeauftragte Bernd Gayk beschreibt.

Aber auch die Klage gegen die 0 Prozent Besoldung, die die DPoIG über den Dachverband dbb Hessen führt, ist ein Meilenstein für die Polizeibesoldung in Hessen, zu denen Heini Schmitt berichtete.

Nach einem langen und auch diskussionsfreudigen Tag gehen die DPoIGler mit viel Schwung und Motivation in die vor ihnen liegenden Aufgaben.



> Keine Gewalt gegen Polizisten

Ein Zeichen für die Polizei, gegen ACAB

„Hallo, kann ich einen Aufkleber – Keine Gewalt gegen Polizisten – von Ihnen bekommen?“ So erhielt der Kreisverband Mittelhessen vor einiger Zeit einen Anruf. Natürlich wurde dem Anrufer geholfen und ihm ein entsprechender Aufkleber zur Verfügung gestellt. Etwas verwundert war man in Mittelhessen dann schon über diese Anfrage und so fragte man nach, woher der Wunsch denn komme.

Der Anrufer erklärte, er sei Mitarbeiter einer Entsorgungsfirma und ihm sei ein Altglascontainer in seinem Bereich ein Dorn im Auge. Dieser Container sei vor einiger Zeit von Vandalen mit den Buchstaben – ACAB – (All Cops Are Bastards – Alle Bullen sind Schweine)* beschmiert worden. Eine Entfernung des Graffiti wäre zu teuer, aber so stehen lassen wolle man es auch nicht. Deshalb hat der Mitarbeiter die Idee gehabt, einfach einen DPoIG-Aufkleber – Keine Gewalt gegen Polizisten – als Gegenstück auf das Graffiti zu kleben.

Auch wenn der Aufkleber nicht ganz so groß ist, so setzt er doch ein klares Zeichen.

Dieses Engagement eines Bürgers fand man in Mittelhessen ganz toll und übersendete auch gleich eine DPoIG-Tasse als kleines Dankeschön.

Kreisverband Mittelhessen

* Wikipedia



> Kleiner Aufkleber, große Wirkung



> Engelbert Mesarec bei der Begrüßung der Teilnehmer



Einsatzbetreuung

Wir sind immer an eurer Seite

Querdenker-Demo in Kassel und Darmstadt binden Tausende von Polizist(inn)en. Stundenlange Einsätze unter schwierigsten Bedingungen und mit hoher politischer Brisanz belasten die Polizei. Die DPoIG Hessen war bei den Einsätzen mit einer Betreuung direkt vor Ort.

Viele Querdenker, dicht gedrängt, ohne Maske, marschieren durch die Innenstadt von Kassel. Bilder, die durch die Medien gingen. Sofort war die Polizei wieder im Kreuzfeuer der Kritik. „Wieso wurde dort nicht eingeschritten?“ „Hat die Polizei versagt“, war gleich die Frage.

▶ Hunderte Polizisten und Tausende Überstunden

Dass viele Hundert Polizist(inn)en an dem Wochenende im Rahmen des Einsatzes viele Tausend Überstunden in ihrer Freizeit aufgebaut haben, wird nicht erwähnt. Auch dass die Veranstaltung, die dem ganzen zugrunde lag, von der Versammlungsbehörde verboten war und durch Gerichte dann doch zugelassen wurde, wird auch selten angebracht. Besonders ist hier zu sagen, dass die Auflagen des Gerichtes fast als weltfremd zu bezeichnen sind. Es kann nicht Aufgabe der Polizei sein, politische und juristische Fehlentscheidungen auszubaden. Leider wird die Polizei viel zu oft dafür missbraucht.

▶ Einsatz Darmstadt

Nach den Vorfällen in Kassel war man die Woche später beim Querdenker-Einsatz in Darmstadt besonders sensibel. Dementsprechend war die Anzahl der Einsatzkräfte auch besonders hoch.

Damit die Kolleg(inn)en sehen und wissen, dass die DPoIG an ihrer Seite steht, waren sowohl in Kassel als auch in Darmstadt

DPoIG-Betreuungsteams im Einsatz. Als Ansprechpartner bei Problemen, Fragen oder auch nur zum kurzen Gespräch standen die DPoIG-Betreuer vor Ort zu Verfügung.

Gerne wurde der Service der DPoIG angenommen und auch von vielen Kolleg(inn)en wertgeschätzt.

▶ Zwischen Bahnhof und Veranstaltungsort

Zwei Teams waren mobil unterwegs. Zwischen Bahnhof und Veranstaltungsort sowie bei der Fahrraddemo im Stadtgebiet waren die DPoIG-Betreuer im Einsatz. Aber auch die abgesetzten Kolleg(inn)en der Vorkontrollen an den Autobahnzufahrten wurden angefahren und betreut.

Die eigens für die Einsatzbetreuung geschaltete Hotline der DPoIG wurde besonders von den Einheiten der Bereitschaftspolizei genutzt, um auch die Standorte von einzelnen Gruppen und Trupps mitzuteilen.

Somit konnte auch dort eine Betreuung sichergestellt werden.

Auch die Presse wurde auf die DPoIG-Betreuung aufmerksam und berichtete positiv darüber.

▶ Auch in Frankfurt immer nah dran

Nach Kassel und Darmstadt ließ auch Frankfurt nicht lange auf sich warten.



▶ Einsatzbetreuung FFM



▶ Mit dem DPoIG-Mobil wurden die Einsatzabschnitte angefahren.



▶ Kleine „Leckerein“ wurden von den Einsatzkräften gerne angenommen.



▶ Zwei Teams aus Südhessen und dem Landesverband waren zur Betreuung im Einsatz.



▶ DPoIG Hessen: Einsatzbetreuung in Kassel

▶ Herzlichen Glückwunsch

Der Landesvorstand der DPoIG Hessen gratuliert allen Geburtstagskindern des Monats Mai.

Unseren erkrankten Kolleginnen und Kollegen wünschen wir eine baldige gute Genesung und keine bleibenden gesundheitlichen Schäden!

Die DPoIG Hessen wünscht allen Dienst- und Gewerkschaftsjubilaren Glück, Gesundheit, viel Erfolg und alles Gute!

Aus datenschutzrechtlichen Gründen verzichten wir auf die persönliche Namensnennung.



„Zitiert“

Nach jedem Verbrechen wird der Täter der Polizei übergeben – das Opfer der Presse. Es ist nicht sicher, wer damit härter bestraft ist.

Dieter Hildebrandt